



VSW: Aufbau Ost nicht durch Emissionshandel gefährden

Berücksichtigung der Vorleistungen zur CO₂-Reduzierung in Ostdeutschland bei der Zertifikatvergabe gefordert

Die Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e.V. (VSW) macht sich gemeinsam mit ihren ostdeutschen Partnerverbänden für Änderungen im Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG) stark. Der Präsident der VSW, Wolfgang Heinze, forderte in einem Schreiben die Bundesregierung auf, die Vorleistungen der ostdeutschen Wirtschaft zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes anzuerkennen. „Speziell die Unternehmen in Ostdeutschland haben seit 1990 durch die oftmals komplette Erneuerung ihrer Anlagen einen enormen Beitrag geleistet. Das fällt derzeit einfach unter den Tisch“, sagte Heinze.

Heinze betont, dass allein Sachsen die Hälfte der gesamtdeutschen CO₂-Reduzierung zu verdanken ist. „Diese Unternehmen können wir jetzt nicht wieder zusätzlich belasten und damit für ihre Investitionen bestrafen“, so Heinze.

Für Neuanlagen und Erweiterungen fordert die VSW die kostenlose Zuteilung von ausreichend vielen Zertifikaten an die ostdeutschen Bundesländer. Zudem soll die am Anfang verteilte Anzahl an Zertifikaten bis 2012 unverändert beibehalten werden, d.h. der so genannte Erfüllungsfaktor soll bei 1 bleiben. „Wir befürchten, dass ansonsten der Aufholprozess verlangsamt wird und Investitionsentscheidungen zugunsten anderer Standorte getroffen werden“, mahnte Heinze.

Die Industrie fordert außerdem verlässliche Rahmenbedingungen auch über 2012 hinaus. „Viele Investitionen werden über einen längeren Zeitraum als sieben Jahre geplant. Hier brauchen die Unternehmen Sicherheit und stabile Verhältnisse“, forderte Heinze.

Eine Wettbewerbsverzerrung durch den Emissionshandel hätte verheerende Folgen für die ostdeutsche Wirtschaft. „Wir fordern daher von der Bundesregierung die Klärung der entsprechenden Punkte vor Einreichung des Nationalen Allokationsplanes bei der Europäischen Union“, so Heinze abschließend. „Während andere EU-Länder noch weit hinter Deutschland zurückliegen, dürfen hier nicht diejenigen zusätzlich belastet werden, die sich überdurchschnittlich engagieren.“

Pressemitteilung

**Vereinigung der Sächsischen
Wirtschaft e.V. (VSW)**

Hausanschrift
Washingtonstraße 16/16 A
01139 Dresden

Postanschrift
PF 300 200
01131 Dresden

Kontakte
Sandra Jäschke
Pressesprecherin
Tel.: (03 51) 2 55 93 28
Fax: (03 51) 2 55 93 77

Sandra.Jaeschke@hsw-mail.de
www.vsw-direkt.de